

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.71.M.O.Gaza-HOA/HIC

Bern, 7. November 1990

p.B.58.05.2

Offizielle Reise von Staatssekretär Klaus Jacobi nach Israel,
Jordanien, Syrien und Aegypten vom 14. - 26. November 1990Zur Lage in Israel und den besetzten Gebieten
seit dem Ausbruch der GolfkriseUebersicht

Eine Zusammenfassung der schweizerischen Haltung zum Palästinakonflikt befindet sich auf Seite 5.

Nach dem irakischen Einmarsch in Kuwait bemühte sich Jerusalem zuerst um ein möglichst niedriges Profil in diesem neu ausbrechenden regionalen Konflikt: den Anstrengungen Bagdads, seine eigenen Völkerrechtsverletzungen in Kuwait mit dem Palästinaproblem zu verknüpfen und zu legitimieren, sollte keine Nahrung gegeben werden. Das Massaker am Tempelberg machte diese Strategie mit einem Schlag zunichte: Israel befand sich nun in der UNO Seite an Seite mit dem Irak auf der Anklagebank, und selbst die USA verzichteten diesmal auf die Ausübung ihres Vetorechts zugunsten Israels, um ihre Koalition mit den arabischen Staaten im Golfkonflikt nicht zu gefährden. Jerusalem, das einer Abordnung des UNO-Generalsekretärs die Einreise verweigerte, wird nun mit der erneut entfachten Diskussion um die Anwendbarkeit der IV. Genfer Konvention in den besetzten Gebieten von der internationalen Gemeinschaft einmal mehr in die Enge getrieben.

Aber auch im Innern nehmen die Spannungen zu: Einmal haben die Ereignisse vom 8. Oktober eine Welle der Gewalttätigkeit zwischen Israelis und Palästinensern entfesselt, was die Regierung bewogen hat, 1,5 Mio zählenden arabischen Bevölkerung vorübergehend die Einreise ins israelische Kernland zu verweigern. Diese besonders für die Palästinenser - aber nicht nur für sie - wirtschaftlich desaströse Massnahme hat der Intifada neuen Auftrieb gegeben und beschleunigt die Polarisierung zwischen den Israelis und selbst

jenen Schichten der arabischen Bevölkerung, die sich vorher mit dem politischen Status Quo arrangiert hatten. Opposition und selbst regierungsfreundliche Kreise zeigen sich besorgt über die anhaltende Blockierung des Friedensprozesses und der zunehmenden internationalen Isolierung Israels. Auf der anderen Seite hat sich die PLO mit ihrer bedingungslosen Loyalität gegenüber Bagdad in den Augen der öffentlichen Meinung als Gesprächspartner selbst definitiv disqualifiziert.

1. Innenpolitische Entwicklung

Vor dem Hintergrund der von Wohnungsminister Ariel Sharon betriebenen Einwanderungs- und Siedlungspolitik zugunsten von Sowjetjuden, die sich immer mehr auch in den besetzten Gebieten niederlassen, und angesichts einer sich weiter verschlechternden Wirtschaftslage (mit Arbeitslosenziffern weit über 10%), verschärften sich die unterschweligen Spannungen zwischen Palästinensern und israelischer Bevölkerung in letzter Zeit immer mehr. Die Golfkrise trägt das ihre dazu bei. Dennoch ist es unmöglich zu sagen, ob die Ereignisse am Tempelberg eine spontane Entladung angestauter Aggressionen auf beiden Seiten oder ein von Bagdad aus geschickt inszenierter Zwischenfall waren. Manche Beobachter sehen in den Ausschreitungen der Polizei, die den Tod von 17 Palästinensern forderte, sogar einen bewussten Schachzug der israelischen Regierung, um den Topf auf dem mittelöstlichen Konfliktherd endlich zum Ueberlaufen zu bringen und die unausweichliche militärische Auseinandersetzung zwischen den USA und dem Irak zu provozieren.

Im Innern hat das Blutbad vom 8. Oktober einem in Jerusalem selbst und im israelischen Kernstaat zuvor unbekanntem Klima der Gewalttätigkeit und des Hasses zwischen Israelis und Arabern - selbst jenen, die die israelische Staatsbürgerschaft besitzen - Vorschub geleistet. Auf die sich häufenden Morde und Hetzjagden antwortete die Regierung Shamir am 28. Oktober mit der Aussperrung der 1,5 Millionen im Westjordanland und im Gazastreifen lebenden Palästinenser aus dem Kernland westlich der "grünen

150'000 direkt betroffenen Tagelöhnern und Pendlern erheblich. In Israel selbst ist die erwartete positive Wirkung der Sperre auf dem Arbeitsmarkt, nämlich bessere Beschäftigungsaussichten vor allem für die zahlreichen Neuankömmlinge aus der Sowjetunion, nicht eingetreten. Im Gegenteil verstärken deren im Vergleich zu den Palästinensern hohe Lohnansprüche die Inflation und wirken sich damit negativ auf die bereits instabile Wirtschaftslage aus. Nach wenigen Tagen hob daher Jerusalem die Aussperrung wieder auf, ohne mehr erreicht zu haben als eine Verschärfung der Polarisierung zwischen beiden Bevölkerungsgruppen. In steigendem Masse wird davon auch die bislang halbwegs integrierte arabische Mittelschicht erfasst.

2. Aussenpolitische Lage

Während mehr als zwei Monaten war es der Regierung Shamir gelungen, aus der Golfkrise und den daraus resultierenden Allianzverschiebungen politischen Nutzen zu ziehen. Wohl auf Drängen der USA hatte sie sich Zurückhaltung auferlegt, um nicht an die ambivalente Stellung Washingtons in zwei im Grunde unvereinbaren Bündnissen zu erinnern. Jerusalem zeigte sich aber immer ungehaltener über die abwartende, unschlüssige Haltung der anti-irakischen Koalition, welche sich zudem mit dem Herausögern der militärischen Auseinandersetzung aufzuweichen droht.

Das Blutbad an der Klagemauer gab nun der PLO und den arabischen Staaten die Gelegenheit, auf das ungelöste Grundproblem des Nahen Ostens zurückzukommen und dieses implizit mit der Kuwait-Krise zu verknüpfen. In zwei UNO-Resolutionen des Sicherheitsrates (672 und 673) wurde Israel verurteilt, zuerst wegen des Massakers, dann aufgrund seiner Weigerung, eine Untersuchungsmission des Generalsekretärs ins Land zu lassen. Aus der Reaktion der UNO lassen sich folgende Elemente ableiten:

2.1. "Linkage" zwischen den regionalen Konfliktherden

Die von Saddam Hussein seit Beginn des Konflikts bemühte Verbindung des irakischen Einmarschs in Kuwait, der syrischen Präsenz im Nordlibanon und Israels Besetzung Cisjordanien und des Gaza-Streifens ist zwar objektiv sicher nicht zulässig;

trotzdem ist in den Augen der Weltöffentlichkeit, vor allem in den betroffenen Nachbarstaaten, mittlerweile ein Zusammenhang zwischen den verschiedenen Situationen hergestellt worden. Israels beharrliche Weigerung, irgendeine Rolle der UNO in den besetzten Territorien zu dulden, relativiert die irakische Missachtung der Resolutionen des Sicherheitsrates. Ueberdies werden Parallelen zwischen Israels Schaffung vollendeter Tatsachen in den genannten Gebieten und Bagdads Vorgehen in seiner "neunzehnten Provinz" Kuwait hergestellt.

2.2. Loyalitätskonflikt der USA

Die Intransigenz der Regierung Shamir hat die Bush-Administration erstmals gezwungen, die bisher geübte absolute Solidarität mit Israel aufzugeben, um die fragile Front gegen Saddam Hussein nicht zu gefährden. Washington hatte Shamir schon vorher seine bewusste Obstruktion des Friedensprozesses übelgenommen. Die erneute Entfachung des Palästinenser-Konflikts im denkbar ungünstigsten Zeitpunkt desavouierte die USA vor ihren arabischen Verbündeten und liess kaum eine andere Alternative übrig als einen temporären Frontwechsel. Im Ernstfall wäre allerdings an der engen militärischen Kooperation zwischen den USA und Israel nicht zu zweifeln.

2.3. Beharren der UNO auf einer Verhandlungslösung

Die UNO ist nach ihren politischen Erfolgen in jüngster Vergangenheit weniger denn je gewillt, Israels beharrliche Dialogsverweigerung hinzunehmen. Dies gilt, auch wenn die PLO in der Golfkrise ihrerseits einen erheblichen Prestigeverlust erlitten hat. Der Bericht des Generalsekretärs über das Massaker am Tempelberg lenkt nun die Aufmerksamkeit auf die Anwendbarkeit der IV. Genfer Konvention auf die besetzten Gebiete. Der Bericht mündet im neuerlichen Vorschlag, eine Konferenz der 164 Signatarstaaten zum Schutz der Bevölkerung der betroffenen Gebiete abzuhalten; ferner wird der Sicherheitsrat eingeladen, die Entsendung neutraler UNO-Beobachter zu erwägen. Israel widersetzt sich solcher "Einmischung in seine inneren Angelegenheiten" - es betrachtet die betreffenden Gebiete bekanntlich nicht als besetzt, sondern als Territorien, die vor 1967 zu keinem Staat

gehörten. Ebenso lehnt Shamir die Organisation einer internationalen oder regionalen Konferenz zur Lösung des Palästina-Problems weiterhin ab: In beiden Fällen hätte das Land nach Auffassung seiner jetzigen Führung nichts zu gewinnen, bzw. alles zu verlieren, da eine Mehrheit von ihm feindlich gesinnten Staaten über die Zukunft seiner eigenen Sicherheit und mithin seiner Existenz befinden könnten.

3. Haltung der Schweiz

Die Position unseres Landes zum palästinensischen Konflikt und seinen jüngsten Entwicklungen lässt sich folgendermassen zusammenfassen: Während unser Verhältnis zur PLO durch die Tatsache bestimmt wird, dass die Schweiz nur Staaten als Völkerrechtssubjekte anerkennt, hat sich der Bundesrat stets für das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung ausgesprochen. Der Bundesrat hat auch nie Zweifel an seiner Ueberzeugung gelassen, dass die Bestimmungen des IV. Genfer Abkommens über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten gegenüber den Einwohnern der von Israel besetzten Gebiete in vollem Umfang anwendbar sind. Schon anlässlich früherer Ausschreitungen der israelischen Ordnungskräfte und wiederum nach den Ereignissen vom 8. Oktober hat die Schweiz die Politik der Gewaltanwendung in diesen Gebieten verurteilt und als schwere Verletzung des humanitären Völkerrechts verurteilt. Als Depositarstaat der Genfer Konventionen und Sitz des IKRK wird die Schweiz vermutlich zu der im Bericht des UNO-Generalsekretärs vorgeschlagenen Konferenz der Vertragsparteien dieser Abkommen Stellung nehmen müssen. In Uebereinstimmung mit unserer bisherigen Haltung und gemäss unserem traditionellen Engagement für Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht begrüssen wir eine solche Konferenz: die Schweiz unterstützt alle Bemühungen, die die Einhaltung der geltenden Bestimmungen des humanitären Völkerrechts zum Ziel haben und würde daher auch eine Konferenz in der Schweiz willkommen heissen. Hingegen scheint es nicht opportun, sich im jetzigen Zeitpunkt mit einem Angebot guter Dienste aktiv einzuschalten.